

Version 20.12.2016

Arbeitsprogramm des Stadt Schüler*innenrats Darmstadt im Schuljahr 2016/17



Inhalt

1. Vorwort
2. Schulsystem
 - Positionierung zu G8 und G9
 - Noten
 - Freie LK-Wahlen
 - Gewichtung der Fachbereiche
 - Reformation des Religionsunterrichts
 - Sprachen und bilingualer Unterricht
 - Berufsorientierung
 - Ausbildung
 - Superschule
3. Werben an Schulen
4. Suchtprävention und Drogenaufklärung
5. Geflüchtete
6. Mobilität
7. Antidiskriminierung

1. Vorwort

Wir, der Stadt Schüler*innenrat Darmstadt (SSR) wollen das schulische Leben aller Darmstädter Schüler*innen verbessern. Wir sehen uns als die Vertretung der Schüler*innen auf Stadtebene, somit legen wir auch ein besonderes Augenmerk auf die Vernetzung mit Darmstädter Schüler*innen, deren Meinungen wir aktiv in unseren Arbeitsprozess einfließen lassen, um gesellschaftliche Veränderungen in Gang zu setzen, die auf den Aufbau einer sozial gerechten Schullandschaft in Darmstadt ausgerichtet sind.

Wir setzen uns für eine Veränderung des aktuellen Schulsystems, welches momentan stark von Zeit- und Leistungsdruck geprägt ist, ein.

In unseren Augen sollten die Hauptziele des hessischen Schulsystems darin bestehen, a) allen Schüler*innen zu ermöglichen, sich zu mündigen und kritischen Mitmenschen zu entwickeln, b) primär das Lernen, nicht nur das Produzieren guter Noten zu fordern und c) die politische und soziale Beteiligung zu stärken. Zudem sollten schon früh durch Aufklärung und gerechte Behandlung der Schüler*innen Diskriminierung und Ausgrenzung vorgebeugt werden, um Menschen zu befähigen, Konflikte gewaltfrei zu lösen.

Wir möchten im Zuge unserer Tätigkeit selbstverständlich auch mit Schüler*innen, die nicht beim SSR sind, sowie verschiedenen Darmstädter Gremien (Bildungsbeirat, Fahrgastbeirat, AG Weltoffenes Darmstadt etc.) zusammenarbeiten. Wir selbst verstehen uns als ein unabhängiges, politisches

Gremium, das auf der Basis der Anliegen und Forderungen der Schüler*innen Darmstadt und letztlich auf dem Gewissen der aktiven Mitglieder im politischen sowie schulischen Leben agiert. Dieses Arbeitsprogramm soll dem Vorstand als Leitlinie für seine Tätigkeit dienen und kann in der Vollversammlung des Stadtschüler*innenrates im Laufe des Geschäftsjahres 2016/17 jederzeit verändert oder ergänzt werden.

2. Schulsystem

Positionierung zu G8 und G9

Wir als der Stadtschüler*innenrat fordern eine grundlegende Änderung des Schulsystems. Unserer Meinung nach führt G8 zu einer stärkeren Selektion der Schüler*innen nach sozialer Herkunft, da es z.B. finanzielle Mittel für Nachhilfe oder zusätzliche Zeit zum Lernen erfordert, welche in kinderreichen oder einkommensschwachen Familien nicht immer zur Verfügung stehen. G8 fördert nicht das Lernen und die individuelle Entwicklung der Schüler*innen, weil viele Schüler*innen durch den enormen Leistungsdruck kaum noch Zeit für ihre Hobbies oder Freund*innen haben. Wir lehnen ab, dass Schüler*innen die Schule bereits nach zwölf Jahren beenden sollen, damit sie früher dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Schüler*innen von Gymnasien mit G8 haben bis zu 43 Unterrichtsstunden pro Woche, hinzu kommt die benötigte Zeit zum Lernen oder für Hausaufgaben (s. „Superschule“).

Noten

Wir fordern, zusätzlich zu den bereits existierenden Ziffernoten, ein schriftliches Gutachten. Hierfür fordern wir für die Lehrkräfte einen Zeitraum, in dem sie sich mit der Ausformulierung der Bewertungen beschäftigen können. Die alleinstehende Ziffernote soll viele Aspekte beinhalten, die durch eine Zahl nicht zur Genüge zum Ausdruck gebracht werden kann. So können beispielsweise die Entwicklung der Schüler*innen oder soziale Aspekte aus der Ziffernote nicht abgelesen werden.

Weiterhin sind wir für Veränderungen des Verfahrens des Wiederholens einer Jahrgangsstufe. Wir fordern mehr Entscheidungsmöglichkeit für Schüler*innen. Diese sollen ebenso wie ihre Erziehungsberechtigten einen Antrag auf das Wiederholen einer Jahrgangsstufe stellen dürfen. Ebenso sollten auch Schüler*innen einen Antrag auf pädagogische Versetzung stellen dürfen, welcher möglicherweise das Wiederholen einer Jahrgangsstufe verhindert.

Freie LK-Wahlen

Wir sprechen uns für eine freie Leistungskurs-Wahl im gymnasialen Schulzweig aus, um die Schüler*innen in ihren bevorzugten Fächern nicht einzugrenzen. Die Konstellationen der Fächer sollte von den Schüler*innen entsprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen gewählt werden können.

Schüler*innen sollten ihre Prüfungsfächer eigenständig wählen dürfen. Zudem sind wir der Ansicht, dass es Schüler*innen möglich sein sollte, aus allen Fächern Leistungskurse zu wählen, was momentan nicht der Fall ist, Ethik ist z.B. als Leistungskurs nicht wählbar.

Gewichtung der Fachbereiche

Da das Abitur als „Allgemeine Hochschulreife“ definiert wird, sind wir gegen eine ungleiche Gewichtung der Fachbereiche aufgrund wirtschaftlicher Faktoren und fordern stattdessen eine gleichmäßige Verteilung von Wochenstunden auf alle Fachbereiche durch das Land Hessen.

Einer der größten Einflüsse bei der politischen Willensbildung junger Menschen ist die Institution Schule. Daher fordern wir eine Stärkung des Fachbereichs II, beispielsweise dadurch, dass der Politik und Wirtschafts-Unterricht bis zum Abschluss Pflichtfach für alle Schüler*innen wird und durch das Schaffen eines neuen Hauptfachs im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Auch halten wir die konstante Benachteiligung von musisch-künstlerischen Fächern für ignorant und nicht dem Ziel der Allgemeinbildung förderlich.

Trotzdem unterscheiden wir zwischen allgemeiner Bildung und der Leistungsbewertung im Abitur. Diese sollte die individuellen Fähigkeiten und Interessen der Schüler*innen widerspiegeln, da die

Fokussierung auf Mathe, Naturwissenschaften und Sprachen Schüler*innen mit anderen Interessen benachteiligt. Deshalb soll die Einbringungspflicht im Abitur freier gestaltet werden. Außerdem wollen wir, dass mehr AGs zu allen Themenbereichen angeboten werden.

Reformation des Religionsunterrichts

Wir halten es für wichtig, dass der Ethik-Unterricht dem jetzigen Religionsunterricht gleichgestellt wird und den Status des „Ersatzfachs“ verliert.

Weiterhin hält der Stadtschüler*innenrat die Aufteilung des Religionsunterrichtes nach Konfession sowie die Beschränkung auf den christlichen Religionsunterricht nicht für zeitgemäß und fordert einheitliche Religionskunde, da wir allgemeine Bildung über alle Religionen für wichtig erachten, um Diskriminierung vorzubeugen und freie Meinungsbildung zu garantieren. Als funktionierendes Beispiel dafür dient der „Werte und Normen“ Unterricht in Berlin.

Sprachen und Bilingualer Unterricht

Wir als SSR wünschen uns, dass allen Darmstädter Schüler*innen ermöglicht wird, neue Sprachen zu erlernen, da wir der Meinung sind, dass daran großes Interesse besteht und die Eingrenzung auf die Sprachen Englisch, Französisch und Latein, seltener Spanisch, nicht mehr zeitgemäß ist.

Zur Förderung der kulturellen Vielfalt in Darmstadt fordern wir ein vielfältigeres Sprachenangebot an den Schulen.

Berufsorientierung

Wir kritisieren die mangelnde Unterstützung seitens der Schulen bei der Berufsorientierung der Schüler*innen. Oftmals sind Schüler*innen hilflos und überfordert im Spektrum der Berufswahl. Wir plädieren für mehr berufsorientierende Veranstaltungen und Beratungen an den Schulen. Ansprechpartner*innen an den Schulen können im Bereich Berufsorientierung für eine individuelle Zukunftsplanung sorgen.

Die Träger*innenschaft solcher Veranstaltungen sollte nicht bei Unternehmen liegen.

Ausbildung

Wir als SSR wünschen uns eine Schule, in der die Bildung und nicht die Zertifizierung im Vordergrund steht.

Das Ansehen des Real- und Hauptschulabschlusses sinkt gegen Null und die Hochschulreife wird in der öffentlichen Wahrnehmung oft überbewertet.

Wir als Stadtschüler*innenrat sind für eine Aufwertung der Ausbildungsberufe und eine Senkung des gesellschaftlichen Drucks auf Schüler*innen, ihre Hochschulreife erreichen zu müssen. Zudem fordern wir, dass Schüler*innen ihr Recht auf Bildung gewahrt bleibt und diese zudem losgelöst von der Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt sein muss.

Ist es ein Vogel? Ist es ein Flugzeug? Nein es ist die Superschule!!

Wir wünschen uns eine solidarische, vielfältige, soziale, partizipations-fördernde, integrierende, inklusive Schule, die Schüler*innen individuell fordert und fördert.

Wir fordern daher:

❖ Unser Lernen soll zweckfrei sein und nicht durch die Wirtschaft diktiert werden. Es soll auf individuellen Interessen und Fähigkeiten beruhen und als Ziel, anstatt der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, die freie Entfaltung der Person haben.

❖ Eine Gesamtschule,...

- ... um die soziale Selektion im hessischen Schulsystem zu mindern.
- ...um trotzdem eine individuelle Förderung zu ermöglichen.
- ...um Solidarität und sozialen Umgang einzuüben und zu lernen.
- ...um Vielfalt kennen, akzeptieren und schätzen zu lernen.

- ❖ Eine Ganztagschule,...
- ...um Schüler*innen aus verschiedenen Milieus gleiche Chancen im Schulleben zu bieten. Nicht das Elternhaus soll über den schulischen Erfolg entscheiden, was Hausaufgaben nur verstärken würden, sondern die Leistungen der Schüler*innen. Daher sprechen wir uns gegen Hausaufgaben aus.
- ...um die im Arbeitsmarkt vorhandene genderbezogene Ungerechtigkeit zu mindern.
- ...deren Ziel es ist möglicher Lebensmittelpunkt für alle Beteiligten zu sein. Beispielsweise durch:
 - Gemeinsames, gesundes, kostenloses Mittagessen
 - Freiwillige Freizeitangebote
 - Vielfältige Auswahl an AGs
 - Auf den Tag verteilten Unterricht
- ❖ Eine echte Möglichkeit der Mitgestaltung
 - Alle Entscheidungen müssen transparent getroffen werden
 - Schüler*innen müssen in allen Bereichen gleichberechtigt mitbestimmen dürfen
- ❖ Dass alle voneinander lernen, also auch Lehrer*innen von Schüler*innen
 - Fächerübergreifender Unterricht
- ❖ Selbstbestimmte Lerninhalte, wodurch Zensuren an Bedeutung verlieren

Der Stadtschüler*innenrat spricht sich im Rahmen des Konzepts der Superschule ergänzend zur Nutzung von Büchern für die Nutzung von Tablets in einigen Bereichen aus. Die Nutzung von einem Tablet verringert das Gewicht, welches die Schüler*innen täglich zu tragen haben erheblich, da alle Materialien auf diesem Gerät gespeichert werden können. Mit einem Tablet werden Lerninhalte auch außerhalb der Schule an die Schüler*innen gelangen und die Schüler*innen können so kommunizieren. Durch die Nutzung von Tablets können die Lerninhalte ständig auf den neusten Stand gebracht werden. Eine Selektion nach Besitz kann verhindert werden, indem alle Schüler*innen die gleich Soft- und Hardware von der Schule gestellt bekommen.

Neben der Nutzung der Tablets fordern wir auch eine Schulung für die Lehrer*innen damit die Tablets im Unterricht effektiv eingesetzt werden können.

3. Werben an Schulen

Wir als Stadtschüler*innenrat fordern eine Abschaffung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Land Hessen, welche dieser Institution als einzige erlaubt, an Schulen zu werben. Die bewusste Entscheidung für ein Verbot soll untermauern, dass keine Institution von Sonderrechten profitieren soll, sondern wie alle, gleiche Chancen haben sollte. Darüber hinaus hält der Stadtschüler*innenrat das Werben der Bundeswehr für unmoralisch, da die Führungsebene dieser Institution Patriotismus propagiert, Gewalt generiert und Töten toleriert.

Ein Verbot kann momentan nur aus Eigeninitiative der Schulen verhängt werden. Wir jedoch fordern ein hessenweites Verbot und daraus resultierend die Abschaffung des Sonderrechts durch das Hessische Kultusministerium, was dem hessischen Schulgesetz und dem Auftrag der "Friedenserziehung" entsprechen würde (HSchG § 6 Abs. 4).

4. Suchtprävention und Drogenaufklärung

Suchtprävention

Suchtprävention ist wichtig und muss in der Schule stattfinden. Süchtig können Menschen nicht nur nach Drogen sein, sondern auch nach einigem anderen, wie beispielsweise Medien, Glücksspiel, Sex, Computerspielen und Shopping. Den Schüler*innen soll beigebracht werden, was die Anzeichen für eine Sucht sind und wie bzw. wo sie sich helfen können. Wir befürworten die Beratung durch kompetente Hilfskräfte zum Thema Sucht, auch durch ehemalige Betroffene. Wir wünschen uns, dass

Schüler*innen wegen ihrer Sucht nicht ausgegrenzt werden, sondern Hilfe bekommen.

Drogenaufklärung

Wir, der Stadtschüler*innenrat sehen eine große Lücke in der schulischen Drogenaufklärung. Eine Gesellschaft ohne Drogen ist utopisch, weshalb wir uns für eine umfassende und wahrheitsgetreue Aufklärung über Wirkung und Konsequenzen von Drogen aussprechen, reine Drogenprävention ist nicht bildend und nicht unbedingt zielführend. Es liegt in der Verantwortung der Lehrkraft, die Aufklärung altersgerecht zu gestalten.

5. Geflüchtete

Grundposition

Wir als Stadtschüler*innenrat fordern, dass Geflüchtete ab dem Zeitpunkt ihrer Ankunft Bildung erfahren können. Des Weiteren fordern wir eine Beschleunigung der Asylverfahren bzw. der Statusklärung, um Geflüchteten den Zugang zu Schulen sowie zum normalen Arbeitsmarkt schneller zu ermöglichen. Essenziell für eine erfolgreiche Inklusion der Geflüchteten ist weiterhin, dass sie intensive sprachliche Förderung erhalten, um Austausch und Kommunikation in der deutschen Sprache zu ermöglichen. Zudem fordern wir eine konsequentere juristische Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten verbaler und körperlicher Art.

Bildung

Wir als Stadtschüler*innenrat fordern ein Recht auf Bildung für Geflüchtete! Es ist wichtig, dass Asylsuchende Bildung genießen können.

Asylsuchende sollten unabhängig von der Statusklärung die Möglichkeit haben, freiwillig in Bildungseinrichtungen an bestehendem Unterricht teilzunehmen, deshalb sollen die Schüler*innenvertretungen bei Aktionen in dieser Hinsicht von der Schulleitung unterstützt werden. Eine Beschäftigung außerhalb ihrer Unterkunft ist wichtig und trägt zur Integration bei.

6. Mobilität

Wir fordern die entgeltfreie Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Schüler*innen und Auszubildende in Darmstadt und dem Kreis Darmstadt-Dieburg. Alle Schüler*innen und Auszubildende sollten ein Recht auf kostenlose Bildung haben und dieses Recht wird durch die hohen Preise, die Schüler*innen und Auszubildende für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zahlen müssen, nur bedingt gewährleistet. Daher setzt sich der Stadtschüler*innenrat im Schuljahr 2016/17 zum Beispiel im Fahrgastbeirat für die kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel von Schüler*innen und Auszubildenden ein.

Da zurzeit die aktuelle Gesetzeslage den meisten Schüler*innen kein kostenloses Mobiticket ermöglicht, fordern wir, der Stadtschüler*innenrat, diese. Hierdurch würden nicht nur soziale und regionale Ungerechtigkeit vermindert werden, sondern es wird auch die Möglichkeit geschaffen, außerschulisch-kultureller Bildung oder Freizeitaktivitäten nachzugehen.

7. Antidiskriminierung

Wir als Stadtschüler*innenrat lehnen Diskriminierung jeglicher Art ab und fordern, dass diese Problematik erkannt und überwunden wird. Unser Bildungssystem sollte verpflichtet werden, der Diskriminierung entgegenzuwirken.

Sexuelle Orientierung jeglicher Art, geistige oder körperliche Beeinträchtigungen sollten nicht zur Benachteiligung im Bildungssystem führen. Allgemein betrachtet wollen wir eine durch Inklusion geprägte Gesellschaft, in der Unterschiede und Individualität nicht zur Entstehung und Ausgrenzung von Randgruppen führen, sondern als positiver Pluralismus wahrgenommen werden.

Gleichheit ist die Basis des Zusammenlebens unserer Gesellschaft, oder sollte es zumindest sein.

Sexuelle Vielfalt in der Schule

Wir, als der Stadtschüler*innenrat der Stadt Darmstadt, halten die momentane Aufklärung zu den Themen sexuelle Vielfalt, Geschlechtervielfalt und zu vielfältigen Lebensentwürfen für mangelhaft. Wir begrüßen zwar die Änderungen im neuen Lehrplan des Landes Hessen, halten diese aber noch nicht für weitreichend genug. Daher unterstützen wir weitere Aufklärung, wie beispielsweise das Projekt SchLAu von Vielbunt e.V., einem queeren Verein in Darmstadt.

Wir fordern geschützte Räume und ausgebildete Ansprechpartner*innen zur Beratung und Unterstützung sowie zum Austausch von queeren Personen an Schulen. Auch begrüßen wir Konzepte zu Unisextoiletten, da diese Trans*-personen in ihrem täglichen Leben unterstützen und auf die alltägliche Diskriminierung dieser aufmerksam macht und sie aufbricht.

Auch halten wir die Eroberung des öffentlichen Raums mit queeren Themen und Aktionen für essentiell, um queere Personen als festen und akzeptierten Bestandteil der Gesellschaft zu etablieren und gegen die Diskriminierung dieser vorzugehen.

Wir streben im Schuljahr 2016/17 eine engere Vernetzung zu queeren Darmstädter Gruppen wie Vielbunt e.V. oder Queer.fem an. Ebenso wollen wir, um unsere Solidarität mit der queeren Community auszudrücken und um für die Rechte dieser zu kämpfen, am CSD 2017 teilnehmen.

Antirassismus in der Schule

Der Stadtschüler*innenrat spricht sich gegen jede Form von Rassismus in Schulen aus. Wir erkennen im jetzigen Schulsystem institutionalisierten Rassismus, so erreichen deutlich weniger Schüler*innen mit Migrationshintergrund die allgemeine Hochschulreife. Auch halten wir die Diskriminierung von bi-, und multi-lingualen Schüler*innen durch die Auswahl der geprüften Kompetenzen für problematisch.

Zusätzlich zum institutionalisierten Rassismus gibt es auch rassistische Diskriminierung unter Schüler*innen, dies sollte durch mehr Aufklärungsarbeit und Projekte unterbunden werden. Wir begrüßen daher jede Form der Thematisierung von Rassismus in Vergangenheit und Gegenwart. Auch wünschen wir uns mehr Weiterbildungen für Lehrer*innen zur Sensibilisierung gegenüber Rassismus.

Die Auswahl von Unterrichtsthemen und Methoden darf diese Problematik nicht verschleiern, wir fordern daher endlich ein Ende des weißen, männlichen, eurozentrischen Blickwinkels.

Wir wollen daher im Schuljahr 2016/17 antirassistische Projekte von Schülervertretungen unterstützen.

Rechte Bewegungen

Wir halten neue und alte rechte Strukturen, Strömungen und Parteien für gefährlich aufgrund der menschenfeindlichen, rassistischen, sexistischen, xenophoben, nationalistischen und diskriminierenden Positionen, die diese vertreten. Diese Positionen widersprechen unserer Vorstellung einer pluralistischen und freien Gesellschaft und wirken in den Schulalltag. Allerdings sprechen wir uns genauso vehement gegen Gewalt gegenüber diesen Gruppierungen aus, wir begrüßen jedoch legale politische Formen des Protests.

Da wir der Meinung sind, dass die in solchen Bewegungen mitschwingenden menschenfeindlichen Gedanken unter anderem Gewalt und Diskriminierung fördern, das Entstehen einer solidarischen Gemeinschaft aber verhindern, fordern wir mehr Aufklärung in den Schulen über rechtes Gedankengut und über die Ziele verschiedener rechter Bewegungen, denn wir glauben, dass vor allem Desinformationen zum Anwachsen rechter Bewegungen führt.

Wir selbst planen für das Schuljahr 2016/17 einen „Rave gegen Rechts“, um ein Zeichen gegen diese rechten Bewegungen zu setzen und werden nach Möglichkeit an Kundgebungen und Demos, die sich zum Beispiel gegen die AfD in Darmstadt richten, teilnehmen und zu diesen mobilisieren.

Inklusion

Wir fordern mehr Inklusion in allen schulischen Bereichen. In vielen anderen Ländern wird dies bereits in deutlich höherem Maße getan (z.B. in Finnland und Schweden). Nicht inklusive Schulen führen zur Selektion und Diskriminierung von geistig oder körperlich Beeinträchtigten. Das Erlernen von Akzeptanz für nicht beeinträchtigte Menschen kann nur über Kontakt und Miteinander so früh wie möglich erfolgen.

Es muss daher deutlich mehr Geld in Inklusionsprojekte fließen, als es derzeit der Fall ist. Auch müssen Schulen behindertengerecht ausgestattet werden, beispielsweise mit Fahrstühlen.

Sexismus

Wir, der Stadtschüler*innenrat, sehen Sexismus in der Schule als grundlegendes Problem, das viel zu wenig angesprochen und behandelt wird. Wir fordern den Abbau der patriarchalen Strukturen des Schulsystems. Ebenso muss Sexismus in schulischen Inhalten, wie z.B. im Lehrplan, in Materialien, wie Schulbüchern, Filmen und Plakaten etc. überwunden werden. Zu oft haben Männer in der Schule die Macht, strukturell und inhaltlich. Wir fordern eine geschlechtergerechte, ausgewogene Behandlung von Schriftsteller*innen, Politiker*innen, Philosoph*innen etc. in allen Unterrichtsfächern sowie das ständige Thematisieren und Auseinandersetzen mit Geschlechterrollen. Zur vollständigen Aufklärung gehört neben der Thematisierung auch die Fortbildung von Lehrer*innen.

Das Arbeitsprogramm wurde in der vorliegenden Fassung einstimmig vom Stadtschüler*innenrat Darmstadt angenommen.

